



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom
15.04.2010

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 06.04.2010 eingeladen worden.

Die Sitzung wurde an der städtischen Stadionanlage „Am Feldbrand“, 59348 Lüdinghausen, eröffnet und über einen Ortstermin auf dem Marktplatz anschließend im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amtshaus 14, 59348 Lüdinghausen, fortgesetzt.

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Besichtigung der städtischen Stadionanlage "Am Feldbrand" und des Marktplatzes
Vorlage: FB 3/200/2010
2. Pflege öffentlicher Grünanlagen
hier: Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2009
Vorlage: FB 3/199/2010
3. Bürgerantrag vom 20.01.2010
hier: Berücksichtigung des Aspektes der Kinderarbeit bei zukünftigen Ausschreibungen und Auftragsvergaben im Baubereich
Vorlage: FB 3/198/2010
4. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2010
hier: Sperrung der Verbindungsstraße zwischend der B 235 und der Stadtfeldstraße (VVG eG) für Kraftfahrzeuge mit einem zul. Gesamtgewicht von über 7,5 t
Vorlage: FB 4/187/2010
5. Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2010
hier: Entschärfung der Verkehrssituation an der Adam-Stegerwald-Straße
Vorlage: FB 4/188/2010
6. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 24.03.2010
hier: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit des Fahrradverkehrs auf der Stadtfeldstraße zwischen Stever und B 235
Vorlage: FB 4/189/2010
7. Aufhebung des Sperrvermerkes für die Investitionsmaßnahme "Wirtschaftsweg Bechtrup v. K 23 Richtung B."
Vorlage: FB 3/203/2010
8. Berichte
- 8.1. Bürgeranträge zum Ausbau des Stadtstannenweges
Vorlage: FB 3/205/2010
- 8.2. Aufstellung einer Stritzken-Skulptur auf dem Marktplatz
Vorlage: FB 3/208/2010
9. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

10. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: FB 3/202/2010
11. Feuerwehr Lüdinghausen Hinterm Hagen 4, 59348 Lüdinghausen ;
hier: Auftragsvergabe über die Dachdecker-, Klempner- und Dämmarbeiten am Feuerwehrgerätehaus
Vorlage: FB 2/318/2010
12. Berichte
Bauantrag Jet-Tankstelle
- 12.1. Vorlage: FB 3/206/2010
13. Anfragen

Öffentlicher Teil:**TOP 1) Besichtigung der städtischen Stadionanlage "Am Feldbrand" und des Marktplatzes****Vorlage: FB 3/200/2010**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Ausschussmitglieder an der städtischen Stadionanlage „Am Feldbrand“.

Herr Becker von der städtischen Tiefbauabteilung erläutert während eines gemeinsamen Rundganges um die Stadionanlage den Zustand des Umlaufweges und die Baumaßnahmen, die vorgesehen sind, um den Weg zu sanieren. Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Im Anschluss erfolgt eine gemeinsame Besichtigung des städtischen Marktplatzes.

Seitens Herrn Becker werden Einzelheiten der in diesem Bereich vorliegenden Problematik dargestellt. Es wird verdeutlicht, dass der derzeitige Zustand des Pflasters, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt bestehender Verkehrssicherungspflichten, keine weiteren Ausbesserungen zulasse, sondern dass zwingend eine Neugestaltung erforderlich sei.

Die gemeinsame Besichtigung wird im Anschluss auf den Einmündungsbereich „Wilhelmstraße / Ostwall“ ausgedehnt, in dem die gleiche Problematik wie auf dem Marktplatz festzustellen ist.

Ausschussvorsitzender Holz stellt heraus, dass die durchgeführten Besichtigungen zunächst nur dem Zweck dienen, sich einen Überblick über die Örtlichkeiten zu verschaffen. In einer der nächsten Ausschusssitzungen werde die Verwaltung sodann Vorschläge erarbeiten und zur Abstimmung stellen, in welcher Weise mit den für beide Baumaßnahmen vorgesehenen Sperrvermerken umzugehen ist.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2) Pflege öffentlicher Grünanlagen**hier: Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.11.2009****Vorlage: FB 3/199/2010**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Steenweg von der städtischen Grünflächenabteilung, der anhand des als Anlage 1) beigefügten Bildvortrages die Vorgehensweise der Verwaltung bezüglich der Pflege und Unterhaltung von städtischen Grünanlagen sowie die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten verdeutlicht.

Herr Steenweg stellt heraus, dass der schlechte Zustand einzelner Grünanlagen einerseits daraus resultiere, dass Straßenbeete in der Vergangenheit teilweise zu groß oder zu klein dimensioniert worden seien. Andererseits sei vor allem in den Wohngebieten maximal nur ein jährlicher Pflegedurchgang durch den Bauhof möglich. Aus diesem Grund werde es als sehr wichtig angesehen, bereits bei den Ausbauplanungen aktueller und zukünftiger Baugebiete darauf hinzuwirken, pflegeleichte Straßenbeete mit einer optimalen Größe anzulegen.

Eine Verbesserung des Pflegezustandes könne jedoch auch bei optimalen Bedingungen bzgl. Beetgröße und Bepflanzung nur durch Mitarbeit der Anlieger erreicht werden.

Zur Kosteneinsparung werde verstärkt darauf hingewirkt, den Pflegeaufwand durch geeignete Maßnahmen (z.B. Neubepflanzung bestehender Pflanzbeete mit Bodendeckern bzw. Einsaat von Rasen, Anlegung von Schotterbeeten, Aufgabe nicht mehr erforderlicher Beete) zu reduzieren.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

skB. Havermeier erkundigt sich, inwieweit es möglich ist, für die Durchführung einfacher Pflegearbeiten (z.B. Unkrautbeseitigung) 1 € - Jobber einzusetzen. Darüber hinaus regt er an, das Gespräch mit den Anliegern, welche keine Pflegebereitschaft zeigen, zu suchen. Er gibt zu bedenken, dass durch eine persönliche Ansprache sowie durch die Weiterleitung von gezielten Umgestaltungs- und Pflegeinformationen (evtl. in Form eines Faltblattes), die Bereitschaft der Anlieger zur Grünbeetpflege gesteigert werden kann.

Herr Steenweg stellt heraus, dass es nur zulässig ist, 1€-Kräfte für zusätzliche Arbeiten einzustellen. Ein einsprechender Einsatz werde bereits im Rahmen des Machbaren praktiziert. Er bittet zu bedenken, dass ergänzend eine fachkundige Anleitung durch Bauhofmitarbeiter erforderlich sei, so dass eine umfangreiche Verlagerung von Pflegearbeiten auf den Personenkreis der 1€-Jobber nicht durchführbar ist.

Die Ansprache und Information von Anliegern sehe er grundsätzlich als geeignete Maßnahme an, allerdings sei zu bedenken, dass diese Vorgehensweise einen hohen Zeitaufwand erfordere, der mit den derzeitig vorhandenen personellen Kapazitäten nicht umzusetzen sei. Darüber hinaus sei zu berücksichtigen, dass die Notwendigkeit bestehe, evtl. mit den Anliegern getroffene Absprachen zeitnah umzusetzen. Sofern diese Möglichkeit nicht gegeben ist, werde das Interesse der Anlieger, sich bei der Grünpflege einzubringen, erfahrungsgemäß wieder schnell abnehmen.

Stv. Breitbach erklärt, dass der Vortrag verdeutlicht habe, dass ein wirtschaftlicher und effektiver Einsatz der für die Grünflächenpflege veranschlagten Haushaltsmittel praktiziert werde.

Darüber hinaus weist er darauf hin, dass das Mähen städtischer Rasenflächen einen großen Kostenfaktor darstelle. Er erkundigt sich nach dem Vorliegen von Vergleichszahlen, aus denen hervorgeht, ob eine entsprechende Pflege durch den Bauhof oder aber die Beauftragung einer Privatfirma als wirtschaftlicher anzusehen ist.

Herr Steenweg berichtet, dass für das Mähen von Rasenflächen ein Bauhofmitarbeiter eingesetzt werde, der allerdings auch noch ergänzend andere Aufgaben wahrnehme. Genaue Kostenermittlungen, die zu diesem Zweck verwendet werden könnten liegen derzeit nicht vor. Mit der Erhebung entsprechender Zahlen sei erst im Rahmen der Einführung des NKF begonnen worden.

Stv. Gruntermann regt an, Jugendliche in die Straßenbeetpflege einzubinden und diesen die Patenschaft für bestimmte Beete zu übertragen. Sie erklärt sich bereit, Jugendliche im „Exil“ anzusprechen und deren Bereitschaft abzufragen - ggfls. gegen eine geringe Kostenentschädigung - entsprechende Arbeiten zu erledigen.

skB. Keppers unterbreitet den Vorschlag, dass die Stadtverordneten und sachkundigen Bürger in ihren Wahl- und Wohnbezirken darauf hinwirken, dass die jeweiligen Anlieger die Pflege von Pflanzbeeten übernehmen.

Stv. Wischnewski unterstreicht diese Aussage und regt an, bezüglich der Verschönerung einzelner Straßen Wettbewerbe durchzuführen, welche durch die örtlichen Vereine begleitet werden könnten.

Stv. S. Wischnewski hinterfragt, ob für die Stadt Lüdinghausen ein Grünflächenpflegeplan vorliege. Herr Steenweg verneint dieses und legt dar, dass die vorgestellten Daten im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz erhoben worden sind. Als nächster Schritt sei der Aufbau eines Baumkatasters angedacht.

Ergänzend weist Stv. S. Wischnewski auf die in der Stadt Dülmen praktizierte Vorgehensweise hin, Kreisverkehre durch Gartenbaufirmen gestalten und pflegen zu lassen

und erkundigt sich inwieweit die Möglichkeit gesehen wird, dieses Projekt auch auf das Lüdinghauser Stadtgebiet zu übertragen.

Herr Gantefort berichtet, dass die Verwaltung derzeit bereits überprüfe, welche städtischen Grünflächen für eine entsprechende Umgestaltung grundsätzlich geeignet sind. Als nächster Schritt sei angedacht, Gespräche mit ortsansässigen Gartenbaufirmen zu führen.

Stv. Schulze Uphoff stellt in Frage, ob es unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten angebracht sei, dass das Mähen von Banketten sowie der Heckenrückschnitt im Außenbereich durch den städtischen Bauhof durchgeführt wird. Er gibt zu bedenken, dass es Lohnunternehmen gebe, die durch den Einsatz professioneller Maschinen in der Lage sind, diese beiden Aufgaben weitaus kostengünstiger durchzuführen.

Herr Steenweg berichtet, dass bereits entsprechende Anfragen von Firmen vorgelegen haben, aus denen allerdings deutlich hervorgegangen ist, dass eine Vielzahl von sehr spezifischen Anforderungen gefordert wird (u.a. Mindestlänge von Hecken, Ablagerungsmöglichkeiten etc.). Aufgrund der Verschiedenheit der im Außenbereich vorhandenen Heckenstruktur sei die Unterbreitung von wirtschaftlichen Angeboten für die Fremdfirmen bislang nicht praktikabel gewesen. Die Anregung werde allerdings nochmals überprüft.

Auf den von skB. Schulze-Meinhövel unterbreiten Vorschlag, die im Stadtgebiet aufgestellten Betonkübel statt mit Sommerblumen mit mehrjährigen Stauden zu bepflanzen, stellt Herr Steenweg dar, dass diese Vorgehensweise bei denjenigen Kübeln, die zum Zweck der Verkehrsberuhigung aufgestellt worden sind, vorstellbar ist. Für sehr zentrale Bereiche (wie z.B. Marktplatz) sehe er jedoch nach wie vor die Notwendigkeit, eine Wechselbepflanzung mit Sommerblumen durchzuführen.

Ausschussvorsitzender Holz spricht dem Bauhof im Namen aller Ausschussmitglieder seinen Dank dafür aus, dass eine gewaltige Leistung erbracht werde, deren Ausmaß oftmals in der Öffentlichkeit nicht erkannt wird.

I. Beschlussvorschlag:

Dem Ausschuss zur Kenntnis.

TOP 3) Bürgerantrag vom 20.01.2010

**hier: Berücksichtigung des Aspektes der Kinderarbeit bei zukünftigen Ausschreibungen und Auftragsvergaben im Baubereich
Vorlage: FB 3/198/2010**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Zerhusen-Wippich sowie zwei weitere Vertreter des Arbeitskreises für Gerechtigkeit und Frieden e.V., die sich bereit erklärt haben, den Ausschussmitgliedern für Fragen zur Problematik der ausbeuterischen Kinderarbeit zur Verfügung zu stehen.

Herr Gantefort erläutert die seitens der Verwaltung formulierten Beschlussvorschläge und stellt heraus, dass diese das im Bürgerantrag thematisierte Anliegen aufgreifen.

SkB Havermeier stellt in Frage, ob Zertifizierungszeichen ausreichend seien, um zu garantieren, dass bei der Produktion von Natursteinprodukten keine Kinderarbeit zum Einsatz komme. Die SPD-Fraktion sehe diese alleinige Beschränkung als problematisch an und halte es aus diesem Grund für erforderlich den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass ausschließlich Baumaterialien Verwendung finden sollen, die aus dem europäischen Raum stammen.

Auf Nachfrage von Stv. S. Wischnewski teilt Herr Gantefort mit, dass im Rahmen zukünftiger Ausschreibungen vorgesehen ist, Bewerber, welche keine entsprechende Zertifizierungsnachweise erbringen, vom Verfahren auszuschließen.

Frau Zerhusen-Wippich bestätigt, dass grundsätzlich die Notwendigkeit bestehe Zertifikate zu hinterfragen, da mit diesen Nachweisen auch sehr viel Unfug betrieben werde. Bei den im Beschlussvorschlag aufgeführten Zertifikationen (Xertifix bzw. Fairstone“) würden jedoch ausreichende Kontrollen vorgenommen, um gewährleisten zu können, dass die Voraussetzungen für ausbeuterische Kinderarbeit nicht vorliegen.

Stv. Wippich stellt das Erfordernis heraus, eine Vorbildfunktion auszuüben und deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass ausbeuterische Kinderarbeit abgelehnt werde.

Des Weiteren unterstreicht er nochmals die rechtliche Möglichkeit nunmehr auch soziale und ökologische Aspekte in ein Ausschreibungsverfahren mit einzubringen.

Er bringt zum Ausdruck, dass er die Auffassung der SPD-Fraktion, nur Baumaterialien auszuschreiben, die aus europäischen Ländern stammen, teile.

Bürgermeister Borgmann bittet zu bedenken, dass durch diese geforderte Beschränkung alle Drittländer, auch diejenigen die sich ordnungsgemäß verhalten würden, vom Wettbewerb ausgeschlossen werden.

Frau Zerhusen-Wippich unterstreicht diese Aussage und stellt dar, dass sie eine solche Vorgehensweise als kontraproduktiv ansehe. Ein vollständiger Boykott von Produkten aus nichteuropäischen Ländern wäre auf jeden Fall mit einer Schwächung der Drittländer verbunden. Sie sei der Auffassung, dass das Anfordern von geeigneten Zertifikaten sinnvoller sei, insbesondere da bei dieser Vorgehensweise den betroffenen Kindern die Möglichkeit eröffnet werde, in ein soziales Netz eingebunden zu werden. Auf diesem Wege sei es möglich deren Lebensbedingungen schrittweise zu verbessern.

Auf Antrag der SPD-Fraktion stellt der Ausschussvorsitzende die Beschlussvorschläge einzeln zur Abstimmung.

I. Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, bei zukünftigen Ausschreibungen und Vergaben darauf hinzuwirken, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden.

2. Bei der Durchführung von Baumaßnahmen sind ausschließlich Materialien auszuschreiben und zu verwenden, die mit einem anerkannten und geeigneten Zertifizierungszeichen (z.B. Xertifix oder Fairstone Label) ausgezeichnet sind.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgenannten Beschlussvorschläge durch Anpassung der bestehenden internen Vergaberichtlinien zu konkretisieren.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 4) Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2010
hier: Sperrung der Verbindungsstraße zwischend der B 235 und der
Stadtfeldstraße (VVG eG) für Kraftfahrzeuge mit einem zul. Gesamtgewicht
von über 7,5 t
Vorlage: FB 4/187/2010

Ausschussvorsitzender Holz sowie sein Vertreter, Stv. Schulze-Uphoff, erklären sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befähigt, und nehmen im Zuschauerraum Platz. Den Vorsitz übernimmt als Altersvorsitzender der skB Keppers.

SkB Havermeier erläutert den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag.

Dr. Scheipers berichtet, dass in dieser Angelegenheit bereits eine Vorbesprechung mit der zuständigen Straßenverkehrsbehörde stattgefunden habe. Der Kreis Coesfeld habe herausgestellt, dass lediglich eine Beschränkung in Frage komme, die den Anliegerverkehr zulasse. Nach Aussage des Kreises sei die Angelegenheit noch näher zu untersuchen. Erkenntnisse, dass sich die thematisierte Verbindungsstraße als Durchfahrt zur Raiffeisenstraße etabliert habe, würden bislang nicht vorliegen. Aus diesem Grund müsse die weitere Entwicklung im Auge behalten werden.

Ergänzend weist Dr. Scheipers auf die Problematik hin, die alleinige Straßennutzung durch Anlieger zu überprüfen.

Stv. Wippich erklärt, dass er es als erforderlich ansehe, konkrete Zählungen durchzuführen, um eine hinreichende Entscheidungsgrundlage zu erhalten.

I. Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 24.02.2010 wird an die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld als zuständige Stelle weitergeleitet.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 5) Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2010
hier: Entschärfung der Verkehrssituation an der Adam-Stegerwald-Straße
Vorlage: FB 4/188/2010

Ausschussvorsitzender Holz übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Stv. Ernst erläutert die im CDU-Fraktionsantrag vorgeschlagenen Maßnahmen und weist nochmals auf die Rechtswidrigkeit hin, den Radweg entgegen der Fahrtrichtung zu nutzen.

skB. Keppers regt an, im Rahmen des Antrages die Querungshilfe vor dem Bahnübergang, welche seiner Ansicht nach besser kenntlich gemacht werden müsse, mit überprüfen zu lassen.

I. Beschlussvorschlag:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2010 wird an die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld als zuständige Stelle weitergeleitet.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 6) Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 24.03.2010
hier: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit des Fahrradverkehrs auf
der Stadtfeldstraße zwischen Stever und B 235
Vorlage: FB 4/189/2010

skB Havermeier erläutert den SPD-Fraktionsantrag und stellt nochmals heraus, dass die Stadtfeldstraße insbesondere zu Stoßzeiten sehr stark frequentiert sei.

I. Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 24.03.2010 wird an die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld als zuständige Stelle weitergeleitet.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 7) Aufhebung des Sperrvermerkes für die Investitionsmaßnahme
"Wirtschaftsweg Bechtrup v. K 23 Richtung B."
Vorlage: FB 3/203/2010

Ausschussvorsitzender Holz erläutert, aus welchen Gründen der Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

Er weist auf den problematischen Zustand des Weges hin und stellt heraus, dass die zeitaufwendigen vorbereitenden Arbeiten, die einer tatsächlichen Wegesanierung vorausgehen, eine kurzfristige Entscheidung erforderlich machen.

Stv. Breitbach regt an, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Verwaltung beauftragt wird, in Verhandlungen mit dem Hauptnutzer des Weges einzutreten, mit dem Ziel, dass dieser einen entscheidenden Beitrag zur Wegesanierung leistet.

SkB. Zanirato bringt zum Ausdruck, dass sich die FDP-Fraktion diesem Vorschlag anschließe.

Stv. Wippich erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Auffassung vertrete, dass vor dem Wegeausbau zwingend eine Satzung zu erlassen sei, welche die rechtliche Grundlage dafür schaffe, eine Kostenbeteiligung der Anlieger zu fordern. Er verweist auf die Gemeinde Havixbeck, die diese Vorgehensweise bereits praktiziert habe.

Ausschussvorsitzender Holz bringt zum Ausdruck, dass die erneute Beratung über die Freigabe der Haushaltsmittel für den Wirtschaftsweg von ihm als Ausschussvorsitzender und nicht etwa von der CDU-Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Er stellt heraus, dass der alleinige Erlass einer KAG-Satzung nicht ausreichend sei, um die bestehende Problematik zu lösen und verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadt Coesfeld, welche bereits seit mehr als 5 Jahren über eine entsprechende rechtskräftige Satzung verfüge, die allerdings aufgrund der von den Anliegern aufgebauten rechtlichen Hürden bislang in der Praxis noch nicht angewendet worden sei.

Er berichtet, dass der Hauptnutzer des Weges ihn ausdrücklich legitimiert habe, dessen Namen zu nennen. Es würde sich hierbei um das Lohnunternehmen Brune handeln, welches ein bedeutender lokaler Arbeitgeber und ein wichtiger Gewerbesteuerzahler sei. Aufgrund des derzeitigen Zustandes des Weges sei eine umgehende Wegesanierung erforderlich. Die Fa. Brune habe deutlich gemacht, dass - sofern die Umsetzung dieser wichtigen Rahmenbedingung nicht kurzfristig realisiert wird - eine Betriebsverlagerung in die benachbarte Gemeinde Senden in Betracht gezogen wird.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass die Fa. Brune ihm gegenüber signalisiert habe, dass die Bereitschaft bestehe, sich an den Wegeausbaukosten maßgeblich zu beteiligen. Er weist auf das Erfordernis hin, den Sperrvermerk aufzuheben, damit die Verwaltung die Möglichkeit erhalte, in entsprechende Verhandlungen mit der Fa. Brune einzutreten.

Ergänzend verdeutlicht Herr Holz, dass dem Erlass einer Satzung zwingend die Erarbeitung eines Wegekonzeptes vorausgehen müsse, in dem die unterschiedlichen und vielschichtigen Funktionen der Außenbereichswege zu erfassen und darzustellen sind. Dieses Konzept könne sodann als Grundlage für den Erlass einer Straßenbeitragsatzung für den Außenbereich verwendet werden.

Stv. Wischnewski begrüßt die Absicht, die Anlieger des Außenbereiches an den Wegesanierungskosten zu beteiligen und weist ergänzend darauf hin, dass er ebenfalls die Notwendigkeit sehe, diese Thematik systematisch anzugehen.

Stv. Wippich bringt zum Ausdruck, dass er nach Kenntnis der zusätzlichen Hintergrundinformationen den Vorschlag, mit dem Hauptnutzer bezüglich einer Kostenbeteiligung zu verhandeln, befürworte.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Außen- und Innenbereich gleich zu behandeln sollte jedoch zwingend eine Kostenbeteiligung der Fa. Brune in angemessener Höhe gefordert werden.

skB. Keppers hinterfragt, ob der vorgesehene Haushaltsansatz ausreichend sei um den Weg derart herzustellen, dass dieser langfristig auch mit schweren Fahrzeugen befahrbar ist.

Herr Gantefort bestätigt, dass bei der Ansatzbildung diese besonderen Anforderungen an den Wegeausbau bereits berücksichtigt worden sind.

Stv. S. Wischnewski bringt zum Ausdruck, dass sie nach wie vor das Erfordernis sehe, eine Beitragsatzung zu erlassen, um in diesem Punkt Gerechtigkeit zwischen dem Innenbereich und dem Außenbereich herzustellen.

Bürgermeister Borgmann weist nochmals auf die absehbaren Umsetzungsprobleme hin, sofern eine Satzung ohne eine vorausgehende Untersuchung und Kategorisierung des sehr vielschichtigen Außenbereichswegenetzes erlassen und angewendet wird. Zur Verdeutlichung seiner Aussage verweist er auf die Vorgehensweise des Kreises Höxter, der im Rahmen eines Pilotprojektes unter Beteiligung der Uni Detmold ein großflächiges umfangreiches Wegekonzept auf Kreisebene hat erstellen lassen.

Er stellt dar, dass spätestens bis zu den nächsten Haushaltsplanberatungen eine Entscheidung zu treffen sei, welche Lösung bezüglich der Erhebung von Straßenbaubeiträgen im Außenbereich umgesetzt werden soll.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, den für die Investitionsmaßnahme „Wirtschaftsweg Bechtrup v. K 23 Richtung B. / Investitionsnummer 30125 STRAS“ angebrachten Sperrvermerk aufzuheben. Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem Unternehmer B. in Verbindung zu setzen um über eine Kostenbeteiligung bzgl. der Wegeherstellung zu verhandeln. Über das Verhandlungsergebnis ist in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu berichten.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 8) Berichte

TOP 8.1) Bürgeranträge zum Ausbau des Stadtstannenweges

Vorlage: FB 3/205/2010

- siehe Anlage 2) -

TOP 8.2) Aufstellung einer Stritzken-Skulptur auf dem Marktplatz

Vorlage: FB 3/208/2010

- siehe Anlage 3) -

TOP 9) Anfragen

skB Havermeier weist auf eine gelbe Parkmarkierung hin, die sich noch auf der „Stadtfeldstraße“ befindet und bittet darum, diese zu beseitigen.

Des Weiteren erkundigt er sich, ob angedacht ist, die Verbindung von der „Stadtfeldstraße“ zum Baugebiet „Stadtfeld II“ zu öffnen. Herr Gantefort berichtet, dass diese Möglichkeit nach erfolgtem Endausbau des Baugebietes bestehen werde.

Auf Nachfrage von skB Havermeier, ob auf dem Parkplatz Wolfsberg eine neue Markierung vorgesehen sei, berichtet die Verwaltung, dass diese Maßnahme im Rahmen eines Gesamtauftrages für Markierungsarbeiten umgesetzt werde.

Anl. des Hinweises von skB. Havermeier, dass der Friedhofszaun im Bereich der Südwiese beschädigt sei, weist Herr Steenweg darauf hin, dass die Zaunöffnung zur Durchführung von Grünpflegemaßnahmen erforderlich gewesen ist.

Stv. Wischnewski weist auf die Notwendigkeit hin, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Bereich „Am Hüwel“ zu ergreifen. Er berichtet, dass der ehemals aufgestellte Blumenkübel nicht mehr vorhanden ist und bittet um Überprüfung, mit welchen alternativen Maßnahmen eine Beruhigung des Straßenverkehrs erreicht werden kann.

Stv. Ernst weist auf die Notwendigkeit hin, im Bereich des Radweges an der „Reckelsumer Str.“ zusätzliche Überfahrmöglichkeiten über den dort verlaufenden Graben zu errichten. Bürgermeister Borgmann sagt eine Überprüfung zu.

Stv. Horstmann berichtet von Schäden an Gehwegplatten im Bereich der „Halturner Str.“, die auf die Wurzeln der vor der Eisdiele stehenden Linden zurückzuführen seien und bittet die Verwaltung um entsprechende Prüfung.

Darüber hinaus macht er darauf aufmerksam, dass auf der „Halturner Straße“ in Richtung „Auf den Äckern“ vermehrt LkWs geparkt werden.

Abschließend weist Stv. Horstmann darauf hin, dass derzeit für das Abfahren von Schotter der Weg zum Tennisplatz genutzt werde, welcher sich mittlerweile bereits in einem sehr zerfahrenen Zustand befinde. Er bittet darauf hinzuwirken, dass nach Beendigung der Baumaßnahme eine ordnungsgemäße Herrichtung durch den Verursacher erfolgt.

Anton Holz
Vorsitzende/r

Ellen Trudwig
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 3. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 15.04.2010

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	ab Top 2)
------------------------------------	-----------

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	außer Top 4)
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Schäper, Gabriele	
Schotte, Irmgard	
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	außer Top 4)

SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	nur anwesend zu Top 1)
Havermeier, Dirk	
Keppers, Erhard	Vertretung für Herrn Herbert Breuer

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	
Guntermann, Christine	
Wippich, Rainer	ab Top 2)

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	ohne Top 6)
Wischnewski, Susanne	Vertretung für Herrn Markus Kehl
Wischnewski, Wolfgang Dr.	ab Top 2)

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	ohne Top 6)
------------------	-------------

Zanirato, Enrico	
------------------	--

von der Verwaltung

Becker, Rüdiger	zu Top 1)
Bruns, Winfried	
Gantefort, Markus	
Scheipers, Ansgar Dr.	ab Top 2)
Steenweg, Heinz-Helmut	ab Top 2)
Trudwig, Ellen	

Gäste

Zerhusen-Wippich, Beatrix	
---------------------------	--

Entschuldigt:

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
-----------------	--

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	
--------------	--